**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte
**Band:** 69 (1989)
**Heft:** 12

**Rubrik:** Blickpunkte

**Nutzungsbedingungen**
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 14.07.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

## Der Traum von den neuen Mehrheiten

Es gibt in diesem Land eine Ebene der Politik, die sich sozusagen unter Fachleuten abspielt. Da wird von den Sachfragen und den entsprechenden Lösungsangeboten her diskutiert, verhandelt und schliesslich an der Urne entschieden. Daran partizipiert schon seit längerer Zeit meist nur noch eine Minderheit unseres Volkes. Hin und wieder aber, wie jetzt eben mit der Volksinitiative «Schweiz ohne Armee», werden tiefere Schichten berührt, um nicht zu sagen aufgewühlt. Da wurde ein Thema, das zum Beispiel auch von der Führung der Sozialdemokratischen Partei ursprünglich als kaum ergiebig, weil zu abwegig taxiert worden war, plötzlich zum Kristallisationspunkt von Frustrationen, Hoffnungen, Ideologien und Doktrinen.

Damit entglitt die Diskussion über weite Strecken den sonst für politische Auseinandersetzungen üblichen Spielregeln. Was auch immer gegen diesen Staat und diese Gesellschaft mit ihrer Wirtschaft an Kritik, aber auch an Verdächtigungen vorgebracht werden kann — irgendwann und irgendwo im Verlauf der Kampagne wurde es deponiert, manchmal in ungelenken Worten, weit häufiger aber in dialektisch ausgeklügelter Form.

So weit, so gut. Unsere direkte Demokratie ist schliesslich keine blosse Schönwetter-Staatsform. Sie bietet grundsätzlich Raum für jede Art von Diskussion über jede Art von Themen. Das wirklich Beunruhigende am Verlauf der Armee-Diskussion war die weit verbreitete Absenz von elementaren Kenntnissen über die staatsrechtlichen Grundlagen, über die Kompetenzverteilung der politischen Gewalten und vor allem über die Möglichkeiten und Grenzen dessen, was in unserem politischen System machbar ist und was nicht.

Dieser Mangel wird dort zur fahrlässigen Ignoranz, wo die Funktionen der betreffenden «Rollenträger» eigentlich eine staatsbürgerliche Grundausrüstung zur Voraussetzung hätten: bei Lehrern jeder Stufe zum Beispiel, bis hin zu Hochschulprofessoren. Selbst unter den Staatsrechtlern scheint es vereinzelte «politische Tagträumer» zu geben, welche die Resultate unserer realen, von realen und das heisst von mangelhaften Menschen praktizierten Demokratie an idealtypischen «Leitbildern» messen und sie damit notgedrungen als völlig ungenügend abqualifizieren.

Wenn in diesen Zusammenhängen in den letzten Monaten besonders viel von der Notwendigkeit einer «grossen Wende», getragen von neuen Mehrheiten, die Rede war, so scheinen deren Protagonisten dem alten Fehler radikaler Utopisten aller Zeiten zu erliegen: Sie sind bereit, den Sprung aus der leidigen Gegenwart in eine Zukunft zu wagen, die lediglich von Visionen geprägt ist. Deren Umsetzung in die gesellschaftliche Wirklichkeit aber hat bisher noch immer zu schweren Enttäuschungen geführt. Bei den meisten totalitären und halbtotalitären Syste-

men unseres Jahrhunderts standen am Anfang solche Utopien. Die Menschen wurden danach zu ihrem Glück gezwungen. Aus den erstrebten «neuen Mehrheiten» wurden Einpartei-Herrschaften. Und übrig blieb am Schluss der Zwang eines Kollektivs, das mit der Zeit jede Spontanität und damit jede geistige Kreativität verlor.

Dass sich Ansätze in dieser Richtung auch hierzulande immer stärker profilieren, entbehrt nicht der Tragik. Unser politisches System lässt sich nicht «von aussen» neu orientieren. Es ist darauf angelegt, sich aus sich selbst heraus zu erneuern. Das ist bekanntermassen ein mühseliges Unterfangen, bei dem vielen die Geduld ausgeht, bevor sie sich richtig ins Zeug gelegt haben. Und doch gibt es keine Alternative, wenn wir weiterhin in einer offenen, auf Partizipation und Konsensfindung angelegten politischen Ordnung leben wollen.

*Richard Reich*

# Was ist Sozialismus?

*Ein Begriff kommt ins Schwimmen*

Die Auflösung der klassischen Ordnungsstrukturen in den sozialistischen Ländern geht mit einer Rasanz vor sich, wie sich das noch vor kurzer Zeit selbst Optimisten nicht hätten träumen lassen. Die Umgestaltungsprozesse haben in jenen Staaten, über die die Reformwinde mit besonderer Heftigkeit hinwegfegen, eine Dynamik angenommen, die zumindest die Gefahr heraufbeschwört, dass sie in unkontrollierbare Bewegungen umschlagen könnten. Wenn heute in Osteuropa von wirtschaftlichen Reformen gesprochen wird, so ist dies eigentlich *nicht völlig korrekt* bzw. bringt nur eine Teilwahrheit zum Ausdruck. Zu beobachten sind nämlich vorerst einmal *Zerfallserscheinungen* der alten Ordnung. Was jedoch an ihre Stelle treten soll, ist *nicht völlig klar.* Weshalb herrscht in dieser Beziehung Unsicherheit?

*Ein* neuralgischer Punkt der skizzierten Problematik ist darin zu erkennen, dass sowohl in der Sowjetunion wie in der DDR — ganz abgesehen von den noch reformunwilligen Ländern — die These vertreten wird, dass die Reformen nicht zu einer *Aufgabe des Sozialismus* führen dürften, sondern *innerhalb seiner Grenzen* zu erfolgen hätten. Nur weiss eben niemand so genau, was Sozialismus eigentlich ist, durch welche *definitorischen Elemente* er sich vom Kapitalismus, besser: von einer marktwirtschaftlichen Ordnung, unterscheiden lässt. Es muss auffallen, dass es nie gelungen ist, die verschiedenen Spielarten sowohl des vor- wie des nachmarxistischen Sozialismus auf einen griffigen und operablen Begriff zu reduzieren. Dies ist natürlich kein Zufall, sondern das Spiegelbild einer heterogenen Sozialismusentwicklung in der Geschichte, in die mannigfache Theorierichtungen eingebunden sind; sie nennen sich zwar sozialistisch, setzen aber in ihren gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnungsvorstellungen völlig unterschiedliche Akzente.

Die Gemeinsamkeit besteht lediglich in der Überzeugung, dass der Kapitalismus abdankungsreif ist und deshalb Alternativen aufzuzeigen sind. Der Vorrat an Gemeinsamkeiten reicht für eine Definition nicht aus. Angesichts dieser verworrenen Situation liesse sich sicherlich die Frage stellen, ob es denn überhaupt notwendig und praktisch-politisch relevant sei, auf einer genauen definitorischen Umschreibung dessen, was als Sozialismus zu verstehen ist, zu beharren. Schliesslich hat einmal ein berühmter angelsächsischer Ökonom pointiert hervorgehoben, dass es weder möglich noch notwendig sei, einen Elefanten zu definieren, dass es aber trotzdem als höchst zweckmässig betrachtet werden müsse, ihn zu erkennen, wenn einem das Missgeschick passieren sollte, ihm auf freier Wildbahn zu begegnen. Also *Verzicht* auf eine Sozialismusdiskussion?

Damit ist das Problem nicht vom Tisch, weil sich die politischen Repräsentanten der Reformländer selbst unter *Zugzwang* gesetzt haben: sie wollen und befürworten Reformen, aber *ohne Preisgabe des Sozialismus.* Ergo sollten sie eigentlich angeben können, was Sozialismus ist und wo die Grenze zum Kapitalismus verläuft. Hier beginnt das ideologische oder reformpolitische Schwimmfest der politischen Strategen und ideologischen Anpasser. Fatal nur, dass sich ohne diese Kenntnis *keine reformpolitische Demarkationslinie* ziehen lässt. Der Reformprozess ist offen; er kann in pure Systemänderungen umschlagen — was er denn auch tut, oder, siehe China, bis in jene Dimension eskalieren, die eine zunehmend in Unsicherheit geratene Führungsspitze als Konterrevoltution interpretierte.

Die Krux dieser ungemütlichen Lage ist, aus einem andern Blickwinkel betrachtet, auch darin zu sehen, dass Marx und Engels *keine eigentliche Sozialismuskonzeption* vorgelegt haben; im Kern haben sie sich auf die Erurierung jener Voraussetzungen konzentriert, unter denen sich die Umwandlung des Kapitalismus in den Sozialismus vollzieht — oder hätte vollziehen sollen:

1. *Änderung der Eigentumsordnung an den Produktionsmitteln* zur Aufhebung der Klassengesellschaft bzw. Übernahme des Produktionsapparates durch den Staat.

2. Ersetzung der Märkte bzw. des Marktpreissystems durch eine *planvolle staatliche Lenkung.*

Auf diesem Hintergrund nahm *Lenin* zudem noch geistige Anleihen bei den Frühsozialisten (insbesondere Babeuf) auf, aus denen er die *«Lehre von der revolutionären Diktatur einer aufgeklärten Minderheit»* (Legitimation des Führungsanspruchs der Partei) sowie das Konzept einer straff *zentralisierten* Wirtschaft herausdestillierte.

Die neuere Sozialismusdiskussion hat daraus die Konsequenz gezogen, dass der real existierende Sozialismus an den drei folgenden konstitutiven Faktoren zu erkennen sei:

1. Staatliches (oder kollektives) Eigentum;
2. Zentrale Planung;
3. Führungsanspruch der Partei.

Gegen diese begriffliche Fassung der ordnungspolitischen Konturen des Sozialismus hatten auch, zumindest bis vor kurzem, die Hüter der ideologischen Wahrheit in den verschiedenen Tempeln des Marxismus auf dem Territorium des roten Imperiums nichts einzuwenden.

In dieses Diagramm ist noch eine weitere Linie einzuzeichnen. Die Hinwendung zur zentralen Planung bzw. zur Zentralverwaltungswirtschaft geschah sozusagen im *theoriefreien* Raum. Irgendein theoretisches Fundament, auf das sich die Architekten der neuen Wirtschaftsordnung hätten stützen können, war nicht vorhanden. Vielmehr liess sich die Wirtschaftswissenschaft *hinter den politischen Karren* spannen; die Ökonomen in den wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten Osteuropas beschäftigten sich vorwiegend mit *wissenschaftlich maskierter Apologetik* der jeweils vorhandenen Parteilinie. Während der Stalinzeit war der Akademia gar eine Beschäftigung mit wirtschaftspolitischen Fragen untersagt. Diese «Selbstbeschränkung» und Isolierung lockerte sich erst im Jahre 1956 (20. Parteitag der KPdSU); es entstanden Ansätze zur Planungstheorie, die sich jedoch in der Praxis als zu wenig tragfähig erwiesen. Eine nicht völlige, aber doch weitgehende *Isolierung* von der westlichen — als «bürgerlich» apostrophierten — Ökonomie blieb bestehen.

Aus dieser Lage ergeben sich zwei Konsequenzen, die heute beträchtlich zu Buche schlagen:

1. Das System der zentralen Planung hat praktisch keine wissenschaftlichen Verstrebungen, die solide genug wären, um auch noch die Gewichte einer durchgreifenden Reform zu tragen. Zur Diskussion steht mithin ihre Durchmischung mit oder ihre Ersetzung durch dezentrale oder *marktwirtschaftliche Entscheidungsstrukturen.*

2. Weil aber in den sozialistischen Ländern der wirtschaftswissenschaftliche Kenntnisstand über die *Funktionslogik* eines dominant dezentralen Systems *äusserst bescheiden* ist, sind Reformfehler mit entsprechenden sozialen Kosten die Menge zu diagnostizieren. Beispiel: Nach vier Jahren Perestrojka und einer ständig schlechter werdenden Versorgungslage haben die massgebenden sowjetischen Reformpolitiker die *Preisreform,* von der in erster Linie eine Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Effizienz zu erwarten ist, noch immer nicht auf die Traktandenliste gesetzt.

Zwar steuern alle praktizierten Reformkonzepte auf *Dezentralisation* los; sie tragen damit die Festung der zentralen Planung ab bzw. wollen diese völlig zum Einsturz bringen. Das den Sozialismus charakterisierende Begriffselement «zentrale Planung» beginnt sich aufzulösen.

Sodann ist auch den osteuropäischen Reformpolitikern und Wirtschaftswissenschaftern nicht verborgen geblieben, dass ein *negativer Zusammenhang* zwischen Staatseigentum und gesamtwirtschaftlicher Effizienz zu beobachten ist. Deshalb darf nun mit *verschiedenen Eigentumsformen* gepröbelt werden. Kommt dazu, dass ein System, das dezentralisiert, das also Entscheidungsbefugnisse über die Verwendung von Produktionsfaktoren bis auf die Ebene der einzelnen Unternehmen verlagert, gezwungen wird, auch die *Verfügungsrechte* über staatliches Eigentum auf die Betriebsebene zu delegieren. Das Unternehmen disponiert in eigener Verantwortung über Produktionsfaktoren, die zwar formal in staatlichem Eigentum stehen, aber von Unternehmen auf Märkten erworben und im Produktionsprozess disponiert werden. Nichts anderes macht ein Unternehmen, das unter den Bedingungen *privatrechtlicher Eigentumsverhältnisse* Entscheide zu fällen hat. Das Staatseigentum wird, mit anderen Wor-

ten, zu einer *Worthülse,* die einen Vorgang mit dominant *privatrechtlichem Inhalt* kaschiert. Funktional wird das Staatseigentum sehr nahe an privatrechtliche Eigentumsformen herangeschoben. Ein weiteres Begriffselement des Sozialismus, nämlich das Staatseigentum, tritt von der ordnungspolitischen Bühne ab.

Und wie steht es mit dem *Führungsanspruch der Partei?* Auch dieser Pfeiler der Sozialismusdefinition hat bereits bedenkliche Risse. In Polen und Ungarn ist er schon zerstört worden. In der DDR wird er bestritten; der Ausgang ist offen. Auch das dritte Begriffselement ist nicht mehr das, was es einmal war.

Ergebnis? Der Sozialismusbegriff, so wie er sich im Laufe der Nachkriegszeit mit Blick auf den real existierenden Sozialismus herausgebildet hat, befindet sich auf dem *Rückzug,* Was also ist nun Sozialismus? Auch die osteuropäischen Politiker und Ideologen wissen auf diese doch immerhin nicht ganz unbedeutende Frage *keine Antwort* mehr.

*Willy Linder*

## Zwischen Integration und Integrismus

*Der «Hidscheb» spaltet Frankreichs Linke*

Leila und Fatima, zwei Schwestern, und Samira bestehen darauf, den «Hidscheb» — je nachdem Kopftuch, Schal oder Schleier genannt — in der Schulklasse zu tragen. Der Direktor der Volksschule der Pariser Vorstadt Creil, in der französische Schüler die Minderheit sind — er selber stammt aus Martinique — hat die drei Mädchen vom Unterricht ausgeschlossen, ihnen jedoch gestattet, den «Hidscheb» ausserhalb des Klassenraumes zu tragen. Der mit den beiden militant integralistischen Vätern ausgehandelte Kompromiss wurde hinfällig, nachdem der sozialistische Erziehungsminister Jospin den Direktor desavouierte und das Tragen des «Hidscheb» im Unterricht für zulässig erklärte — wenn alles Zureden nichts fruchte. Der Lehrstoff selber sorge ja für die Integration.

Aus dem lokalen Fall der drei Mädchen ist eine nationale Affäre geworden. Da ging es um die Frage nach der nie erreichten repräsentativen Strukturierung der in Frankreich lebenden Moslems, für die keine Autorität sprechen kann wie bei den anderen Konfessionen; es ging um die Frage, wie «Laizität» und Toleranz vereinbar sind, ferner um die Frage, welches der Platz des Islam als der zweitstärksten Konfession in Frankreich sein wird. Dazu kam die Feststellung, dass der Koran die Gleichberechtigung der Frau entschieden verneint. Soll und kann die Schule an Integrierung leisten, was in den übrigen Lebensverhältnissen nicht gelungen ist? Diese Aufzählung von Fragen ist bei weitem nicht vollständig.

Die Moslems sind in Frankreich an Quantität und Qualität etwas anderes,

als sie lange Zeit waren. Der Wandel wurde deutlich, seit 1974 grundsätzlich die Zuwanderung gestoppt wurde. Denn danach haben die Familienzusammenführungen in Frankreich stark zugenommen. Die Afrikaner — in der grossen Mehrheit Nordafrikaner — sind nunmehr ein stabiler Teil der Bevölkerung. Die Fruchtbarkeit der eingewanderten Familien aus Südeuropa war von der französischen nicht markant unterschieden — im Durchschnitt weniger als zwei Kinder pro Familie. Bei afrikanischen und türkischen Familien sind es prozentual zwischen 4,2 und 4,7 (vgl. Georges Tapinos, *«L'immigration en France», Commentaire,* Herbst 1988). Auch sind viele Italiener und Spanier in ihre Heimat zurückgekehrt. So ist relativ wie absolut der nichteuropäische Anteil an der zugewanderten Bevölkerung — mindestens 43 Prozent — grösser geworden.

Einbürgerung ist leicht gemacht, und alle in Frankreich Geborenen können später die französische Staatszugehörigkeit wählen, wenn sie ihnen nicht automatisch zugesprochen wird. Unter diesen Franzosen, *«beurs»* genannt, in Umkehrung des *«rab»* von *«arab»,* hat sich die Bewegung *«SOS racisme»* entwickelt, deren Wortführer, Harlem Désir, sich für den «Hidscheb» aussprach. Danach hat sich die bekannte Schriftstellerin und Rechtsanwältin Gisèle Halimi — und mit ihr andere Prominente — von der Bewegung getrennt. Vor allem kam es zum Dissens innerhalb der regierenden sozialistischen Partei.

Derzeit sind unter den aus Afrika Stammenden mehr Arbeitslose als unter den Franzosen. Waren die Nordafrikaner bisher — aus fernen *«douars»* angeworben, und zwar besonders für die Arbeit in Kohlengruben — auf dem Arbeitsmarkt komplementär, sind sie jetzt mehr in Konkurrenz zu den Einheimischen. Le Pens *«Front National»* kam nicht aus dem Nichts . . .

Islam ist ein Sammelbegriff, der auch unter den neunzig Prozent Sunniten vielerlei Richtungen umfasst. Integristen werden von arabischen Staaten, vom Iran unterstützt, es sind aktivistische, straff organisierte Minderheiten, während die Mehrheit konturlos bleibt. Wird der «Hidscheb» in den Schulklassen erlaubt, so werden jene Moslemfamilien, die, wie in Tunesien und Algerien, die Mädchen längst nicht mehr dazu anhalten oder zwingen, einem unwiderstehlichen Druck ausgesetzt sein. Zum Kopftuch kommt die Forderung, dass die moslemischen Schülerinnen vom Turnen dispensiert werden, dass sie bestimmte Teile des Unterrichts in Naturkunde nicht hören müssen; schon tönt der Ruf nach Abschaffung der *«mixité»* — für getrennte Knaben- und Mädchenschulen, dort, wo es sie nicht gibt.

Was ist eigentlich der «Laizismus»? In anderen Sprachen kann der von langen Kulturkämpfen belastete Ausdruck nur negativ umgesetzt werden: ein Absehen von allen konfessionellen Unterschieden. Sein Symbol war die Entfernung der Kruzifixe aus den Schulen gewesen. Den moslemischen Integristen haben sich Kardinäle und Rabbiner angeschlossen, die die «laizistische» Schule gleichfalls der Intoleranz zeihen. Frankreichs Grossrabbiner, Joseph Sitruk, erklärt:

*«Öffnet euch der religiösen Diversität! Die Versuchung ist, dem Schüler zu sagen: ob du Jude oder Moslem oder Katholik bist, will ich nicht wissen. Aber, Herr Professor, ich für mein Teil untersage ihnen nicht, ‹laïc› zu sein. Was*

*ist eine Laizität, die das um jeden Preis sein will?»*

So erweitert sich der Kulturkampf, Vergangenes lebt auf. Doch bleibt es im entscheidenden das Problem der Moslems. Es zeigt sich auch im Streit um die Errichtung grosser Moscheen. In Lyon hat Bürgermeister Michel Noir sie gestattet; in Marseille kam ein ehrgeizigeres Vorhaben bisher nicht zur Ausführung — nicht zuletzt wegen der Uneinigkeit unter den Moslems.

Die Trennung zwischen einem öffentlichen Raum und der Religion als Privatsache ist auch im christlichen Europa nicht total und jungen Datums. Dem Islam, der den ganzen Alltag umfasst, ist diese Trennung fremd. Kemal Paschas «Laizisierung» erfährt in der Türkei Rückschläge.

*«Lassen wir das Gewitter vorbeiziehen»* war die Losung des Premier- und des Erziehungsministers, die sich zum präzisen Anlass wortreich und unklar geäussert haben, während Präsident Mitterrand bisher geschwiegen hat. Soviel Lärm um drei Kopftücher! Doch das Problem Integration oder Integralismus wird nicht vorübergehen.

Der krasseste Fall inkompatibler Bräuche ist die in vielen Teilen Schwarzafrikas, aber auch von dort Stammenden in Frankreich praktizierte «Kliterektomie», die Beschneidung der weiblichen Kinder. Sie hat zu Todesfällen durch Verblutung geführt und zu Verurteilungen. Die Afrikaner machten geltend, das sei ihr Ritus; ein unbeschnittenes Mädchen könne in ihrem Stamm keinen Gatten finden. «Multikulturelle» Diversität? Das Schlagwort hilft nicht weiter, wo Entscheidungen unabweisbar sind.

Der «Hidscheb» ist gewiss eine Kleinigkeit, aber er gilt — vor allem in Nordafrika — als Zeichen der Ungleichheit, als den Frauen auferlegter Zwang. Da nützt die Parole der Achtundsechziger *«Es ist verboten zu verbieten»* nicht weiter. In diesem Fall sichert ein Verbot mehr Freiheit, als es nimmt.

*François Bondy*

*Während die Europäische Gemeinschaft der Vollendung des Binnenmarktes zustrebt, mehren sich auch in anderen Regionen der Welt Anzeichen verstärkter regionaler Zusammenarbeit. Zwölf Anrainerstaaten des Pazifiks haben sich dieser Tage in der australischen Hauptstadt Canberra getroffen, um über eine festere Grundlage ihrer wirtschaftlichen Kooperationen nachzudenken. Der australische Premierminister Hawke, auf dessen hartnäckiges Betreiben hin die Konferenz über «Asiatisch-pazifische wirtschaftliche Zusammenarbeit» zustande kam, nahm die bisher beispiellose Zusammenkunft von 24 Aussen- und Handelsministern zum Anlass, das «pazifische Zeitalter» zu begrüssen, das, wiewohl schon in der Vergangenheit vielfach beschworen, nun Wirklichkeit werde.*

Klaus Dieter Frankenberger, in:
«Frankfurter Allgemeine Zeitung»
vom 14. November 1989